

Kreisumlage runter und keine neue Kreditaufnahme für Schwarzwald-Baar

Finanzen Der Kreishaushalt für 2018 ist in trockenen Tüchern. Die Kreistagsmitglieder beschlossen gestern mehrheitlich eine Senkung der Umlage. Der Sozialbereich bleibt größter Ausgabenposten. *Von Daniela Schneider*

Die 20 Kommunen im Schwarzwald-Baar-Kreis können sich freuen: Die Umlage, die sie an den Landkreis zu bezahlen haben, wird reduziert – und das in Zeiten weiter munter sprudelnder Einnahmen. Der Kreistag hat in seiner gestrigen Sitzung eine Senkung des Hebesatzes auf glatt 30 Prozent beschlossen; die Verwaltung hatte zuvor vorgeschlagen, diesen bei 31,1 Prozent zu belassen. Sie rechnet nunmehr mit Einnahmen

30,0

Prozent der Steuerkraftsummen der Gemeinden des Schwarzwald-Baar-Kreises beträgt der Hebesatz für die Kreisumlage im Jahr 2018.



Der Entwurf, den die Verwaltung vorgelegt hatte, wurde in den Ausschüssen und im Plenum durchforstet. Heraus kamen unterm Strich zahlreiche Änderungen. *Fotos: Daniela Schneider*

in Höhe von rund 86,804 Millionen Euro aus der Umlage.

Gemeinsamer Antrag

Den Antrag zur Senkung stellten die Christdemokraten und die Freien Wähler gemeinsam. Thorsten Frei hielt seine lange Haushaltsrede für die CDU und kratzte damit an der Marke einer dreiviertelstündigen Redezeit. In Sachen Umlage erklärte er, dass die „finanzielle Lage des Kreises bombastisch“ sei, zum Beispiel mit Verweis auf den satten Überschuss, den man 2016 erwirtschaftet hatte. „Das muss sich auch in der Kreisumlage widerspiegeln“, meint Frei, „wir glauben, dass wir uns das leisten können.“ Die Haushaltsaufstellung sei stets eine „sehr konservative“ und nicht auf Kante genäht, so ergäben sich erhebliche Spielräume. Das Argument, dass man mit einer unter dem Landesschnitt liegenden Höhe der Umlage auch Gefahr laufe, weniger Schlüsselzuweisungen zu bekommen, sei

keine relevante Kenngröße und eine Diskussion darüber „gar nicht all die viele Energie wert“. Zielsetzung müsse es sein, den Städten und Gemeinden schlichtweg so wenig wie nötig abzuknöpfen. Auch mit dem neuen Hebesatz liege man noch über dem Schnitt im Regierungsbezirk. Und eine Vergleichbarkeit sei ohnehin nicht gegeben, da die Kreise unterschiedliche Aufgaben übernähmen – die einen seien auch noch Träger allgemeinbildender Gymnasien, andere hätten ein S-Bahn-System zu unterhalten und der Schwarzwald-Baar-Kreis halte ein eigenes Tierheim vor, so seine Beispiele. Das sahen auch die Freien Wähler so, Walter Klumpp nannte die Reduzierung „unproblematisch“. Adolf Baumann (FDP) und Edgar Schurr (SPD) verwiesen aber dennoch in ihren Haushaltsreden auf eben jenes Ungemach in Form von weniger

Zuweisungen. Das drohe, wenn die Umlage zu weit sinke. Diese Einlassungen wurden jeweils kommentiert durch einigermaßen entnervtes Murren aus den CDU-Reihen, wo man dieser Ansicht-Sprecher Frei hatte es ja zuvor erklärt – vehement widersprach.

„Feilschen um die Umlage“

Christian Kaiser (Grüne) erklärte unterdessen, dass man sich wirklich Vieles leisten könne, aber im Hintergrund Risiken und Belastungen lauerten. Vor allem im sozialen Bereich seine innovative Ansätze gefragt und Personal- und Finanzressourcen erforderlich. Insofern befremde es seine Fraktion, dass man ein „Feilschen um die Kreisumlage wie in absoluten Mangelzeiten“ beobachten müsse. Das müsse wirklich nicht sein. Die Senkung der Umlage wurde mehrheitlich beschlossen, allerdings gab es 20

Gegenstimmen. Seitens der SPD enthielten sich zum Beispiel Edgar Schurr und VS-Oberbürgermeister Dr. Rupert Kubon. Außerdem beschloss der Kreistag mehrheitlich, im kommenden Jahr keine neuen Kredite aufzunehmen. Im Plan waren dafür noch über 1,9 Millionen Euro vorgesehen gewesen.

Mehrere Verbesserungen gegenüber dem Haushaltsplanentwurf ergaben sich durch geänderte Vorausberechnungen diverser Zuweisungen. Zudem waren im Vorfeld schon in den zuständigen Ausschüssen mehrere Änderungen beschlossen worden (wir berichteten). Zum Beispiel wird davon ausgegangen, dass der Kreis mehr als geplant durch Buß- und Verwarngelder (über 2,6 Millionen Euro) einnimmt. Und der Bau eines Radwegs entlang der Kreisstraße zwischen Dauchingen und Deißlingen wird beispielsweise 2018

nicht realisiert, 180 000 Euro Baukosten und Investitionszuschüsse entfallen somit.

Das mit Abstand größte Ausgabenfeld bleibt der soziale Bereich. Hier wird von 97 Millionen Euro netto ausgegangen – das ist deutlich mehr als die Einnahmen aus der Umlage. Investiert werden außerdem Millionenbeträge in die Kreisschulen und die Straßen. Für die Elektrifizierung der Höllentalbahn werden 2,5 Millionen Euro eingestellt und auch für den weiteren Ausbau des Breitbandnetzes werden wieder Gelder fällig, ebenso wie fürs neue Tourismuskonzept und das neue Nahverkehrskonzept.

Gesprochen wurde gestern auch übers Personal der Verwaltung. Thorsten Frei gab zu bedenken, dass die Bevölkerungszahl in den letzten zehn Jahren nicht gewachsen sei, sehr wohl aber der Personaletat von seinerzeit 31 auf nunmehr knapp 50 Millionen Euro, obwohl „keine wesentlichen neuen Aufgaben hinzugekommen“ seien. „Wir leisten uns schon Strukturen, die viel Personal binden“, meinte Frei. Er hatte 450 000 Euro Personalsteigerungen aufgrund von politischen Entscheidungen errechnet, das müsse „schon genau angeschaut werden“. Die FDP bezeichnete derweil die Personalkosten als „moderat“, wenn auch der Anstieg der Beamtenstellen gebremst werden solle.

Zwei Gegenstimmen

Insgesamt wurde der Haushaltsplan mit den genannten Änderungen bei den Gegenstimmen von Ernst Reiser (FW) und Jürgen Schützinger (DLVH) mit ansonsten großer Mehrheit beschlossen. Der planmäßige Schuldenstand soll sich am 31. Dezember 2018 auf rund 20,820 Millionen Euro belaufen, das entspricht einer Pro-Kopf-Veranschuldung von um die 100 Euro, der Landesschnitt liegt bei 139 Euro.



Thorsten Frei, CDU

Der CDU-Kreistagsfraktionsvorsitzende und Bundestagsabgeordnete hält den Haushalt 2018 für eine geeignete Grundlage zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Kreises sowie zur Steigerung der Lebensqualität der hier lebenden Menschen. Er sagte, dass der Schuldenabbau und hohe Investitionen in die Schulen und Straßen des Landkreises den Christdemokraten wichtig seien. „Wir müssen uns auf unsere originären Aufgaben konzentrieren“, sagte Frei nicht nur im Blick auf die Investitionen, „die bei Kreisstraßen einen Rekordwert von 3,6 Millionen Euro erreichen.“ Er sprach kontroverse Debatten zu freiwilligen Zuschüssen an soziale Einrichtungen an. Die Zustimmung dazu könne angesichts des Nettoaufwands des Landkreises für die gesetzliche Jugend- und Sozialhilfe von circa 97 Millionen Euro nicht zu einem Automatismus werden, machte der Fraktionssprecher der Christdemokraten deutlich. Hier übte er auch Kritik an der Anspruchshaltung mancher Antragsteller. Es gelte, die „Kirche im Dorf zu lassen. Insgesamt lautete sein Fazit: „Mit diesem Haushalt kann die Verwaltung gut wirtschaften.“ *usr*



Walter Klumpp, FW

Für die Freien Wähler zeigt der Haushalt 2018 in die richtige Richtung zur Stärkung der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Landkreises. Der Fraktionssprecher lenkte den Blick auf die künftigen Aufgaben. Der neue Nahverkehrsplan mache für Berufspendler den öffentlichen Nahverkehr im Kreis noch attraktiver, betonte der Bürgermeister von Bad Dürheim. „Unser Ziel muss es aber sein, ein über die Kreisgrenzen hinausgehendes Angebot zu schaffen“, mahnte er an. Im sozialen Bereich ist seiner Fraktion die bessere Vergütung von Tagemüttern in Randzeiten wichtig. Das umfassende Programm zur Sanierung von Kreisstraßen ist im Interesse der Freien Wähler. „Wir verlangen aber auch die konsequente Umsetzung“, machte Klumpp deutlich. Das von seiner Fraktion angestoßene Tourismuskonzept, das nun mit zusätzlichen Mitteln umgesetzt wird, findet er toll. Der Tourismus stärke die Wirtschaft der Region und die ins Auge gefasste Verbesserung der touristischen Infrastruktur nutze auch der heimischen Bevölkerung, sagte das Oberhaupt der stark touristisch geprägten Kurstadt. *usr*



Edgar Schurr, SPD

Schurr stellte seine Haushaltsrede unter das Motto, was seine Partei wolle und was nicht. Die SPD-Kreistagsfraktion stehe hinter vielen Kreisinvestitionen in Bildung, Tourismus und Verkehr. Der Rotstift ist nach Auffassung der Sozialdemokraten teils zu stark angesetzt worden. Mehr Geld für den Ringzugausbau in Richtung St. Georgen sei gut, die Kürzung der Finanzen für die Elektrifizierung der Höllentalbahn sei nicht nachvollziehbar, nannte Schurr eines von mehreren Beispielen. Auch im Bereich der freiwilligen sozialen Leistungen sieht der Sozialdemokrat in der derzeitigen finanziellen Lage durchaus ein bisschen mehr Freiräume. Schwache in der Gesellschaft wie traumatisierte Migranten treffe eine gekürzte Erhöhung von Zuschüssen für die sie betreuenden Organisationen. Bei der personellen Ausstattung für das Landratsamt hätten die Sozialdemokraten die Zügel gerne weniger eng angezogen gesehen. Bei Kürzungen müssten klipp und klar die nicht mehr zu erfüllenden Aufgaben benannt werden. „Kompromiss ist wichtig, trotzdem muss man nicht alles gut finden“, bilanzierte Edgar Schurr. *usr*



Chr. Kaiser, Grüne

Für den Sprecher von Bündnis 90 /Die Grünen ist trotz der guten Haushaltslage eine gesellschaftliche Gesamtperspektive wichtig. Man brauche in der Landkreisverwaltung personelle und finanzielle Ressourcen, machte Kaiser deutlich. Es sei befremdend, wenn in Zeiten sprudelnder Einnahmen das Kürzen von Ausgaben die Debatte beherrsche, sagte der Fraktionssprecher der Grünen. „Wir können uns wirklich viel leisten“, spielte er auf die guten Einnahmen an. Im sozialen Bereich, der im Haushalt fast 150 000 Millionen Euro brutto in die Hand genommen werde, verlangte er innovative Ansätze. Bei der sozialen Sicherung handle es sich gemessen an der Notwendigkeit um eine ständige Mängelverwaltung. „Das Sozialgefüge unseres Landkreises läuft auseinander“, sagte Kaiser. Hinsichtlich der Personalausstattung im Landratsamt missfällt ihm der pure Blick auf die Kosten. Auch bei den Investitionen in die Infrastruktur sieht seine Fraktion in der jetzigen wirtschaftlichen Lage Luft nach oben. Die „auf dem Papier scheinbare Ausgabenexplosion“ sei dem neuen kommunalen Haushaltsrecht geschuldet. *usr*



Adolf Baumann, FDP

Die Senkung der Verschuldung ist der FDP-Fraktion ein großes Anliegen. „Wenn nicht jetzt, wann dann?“, stellte der Fraktionssprecher die rhetorische Frage. Wohl bewusst ist man sich in seiner Fraktion darüber, dass Investitionen den Landkreis voranbringen. „Im Schienenverkehr steht eine zügige Erschließung des Ringzugs in Richtung St. Georgen an. Wir stehen auch trotz des zu erwartenden Mehrbedarfs hinter der Elektrifizierung der Höllentalbahn“, zeigte Baumann Rückhalt für die Bahnprojekte. Insgesamt sieht die FDP-Fraktion im Landkreis die weitere Optimierung des Autoverkehrs wegen der damit verbundenen Kosten als schwierig an. Die im Haushalt verankerte Tourismuskonzeption kommt bei den Liberalen gut an. Das bringe auch für die Einwohner erhebliche Verbesserungen mit sich, sagte Adolf Baumann. Seine Fraktion steht auch voll hinter der Digitalisierung für die Kreisschulen. Das kommunale Haushaltsrecht, das in Anlehnung an eine betriebswirtschaftliche Buchführung in den Landkreis einzieht, sieht der Liberale als ein Prinzip eines soliden Kaufmanns. *usr*